

AKTIV.IST.IN



FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 1/2017



ARGENTINIEN
WILLKÜRLICH IN HAFT

SEITE **4**

6 KANADA

INDIGENE FRAUEN ALS OPFER
VON GEWALT, ENTFÜHRUNGEN
UND MORDEN

8 INTERNATIONAL

KINDERHEIRAT - EIN
TEUFELSKREIS AUS ARMUT
UND DISKRIMINIERUNG

20 IRAN

SCHRIFTSTELLERIN WEGEN
ARTIKELS ÜBER STEINIGUNG
VERURTEILT





WEB

<http://frauenrechte.amnesty.at>

E-MAIL

frauenrechte@amnesty.at

FACEBOOK

[amnestynetzwerkfrauenrechte](#)

TWITTER

[AIFrauenrechte](#)

SPENDENKONTO

BIC: GIBAATWWXXX

IBAN: AT142011100000316326

lautend auf

AMNESTY INTERNATIONAL

ÖSTERREICH

Verwendungszweck

NETZWERK FRAUENRECHTE

*Spenden an Amnesty sind
steuerlich absetzbar*

Liebe Unterstützer*innen!

Am 8. März feiern wir wieder den Internationalen Frauentag. Doch auch wenn zunehmend versucht wird, auch aus dem Frauentag einen Konsumtag zu machen, soll dieser Tag vielmehr daran erinnern, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter längst nicht erreicht ist. Derzeit wird gar davon ausgegangen, dass dies erst in mehr als 170 Jahren der Fall sein wird, wenn wir uns im gegenwärtigen Tempo weiter bewegen. Daher lautet das offizielle Thema der Vereinten Nationen für den diesjährigen Weltfrauentag „Be bold for change“, also „Sei mutig für Veränderung“. Mutig sind jedenfalls die Aktivistinnen, die wir in diesem Heft zum Frauentag unter dem Motto „She Won't Wait“ kurz vorstellen. Sie wollen auf Veränderung nicht warten.

Besonders hart trifft es Frauen, die zusätzlich auf weitere Formen der Diskriminierung stoßen und die von Armut betroffen sind. So berichten wir in dieser Ausgabe der AKTIVISTIN von Hindernissen, auf die Frauen in Südafrika stoßen, wenn es um ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit geht. Trotz fortschrittlicher Gesetzgebung seit einigen Jahren, die etwa einen straffreien Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 12 Wochen garantieren sollen, sieht die Realität besonders im ländlichen Raum anders aus, und vor allem arme Frauen kön-

nen sich oft die nötige medizinische Versorgung nicht leisten. Verarmung, sowie Ausgrenzung und Rassismus sorgen dafür, dass indigene Frauen in Kanada besonders häufig Opfer von Gewalttaten werden, der Schutz durch Polizei und Regierungsbehörden ist unzureichend. Werden Sie aktiv und fordern Sie durch unseren Appellbrief wirksamen Schutz für diese Frauen!

Dringend Unterstützung benötigt auch die Aktivistin Milagro Sala in Argentinien. Die Sprecherin der Sozialorganisation Tupac Amaru sitzt seit mehr als einem Jahr in Haft, die argentinische Regierung weigert sich aber weiterhin, der Empfehlung der UN-Arbeitsgruppe zu willkürlichen Inhaftierungen nachzukommen und Milagro Sala umgehend aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Wir bitten Sie daher, schnell zu handeln, und den Appellbrief bis zum 16.

März abzusenden, um die sofortige Freilassung der Aktivistin zu fordern.

Dass wir nicht nur am Weltfrauentag gemeinsam etwas erreichen können, soll Ihnen unser Tätigkeitsbericht zeigen, in dem wir Ihnen erläutern, wie wir arbeiten und welche Aktionen wir im letzten Jahr umsetzen konnten. Wir bedanken uns herzlich bei all unseren Unterstützer*innen und wünschen Ihnen und uns ein erfolgreiches Jahr 2017 und alles Gute zum Frauenkampftag! Treten Sie mutig für Veränderungen ein!

IHR AMNESTY-NETZWERK FRAUENRECHTE

IN AKTION. BEI ONE BILLION RISING AM 14. FEBRUAR



Am Valentinstag findet weltweit die Veranstaltung One Billion Rising gegen Gewalt an Frauen statt. Eine Milliarde Menschen soll gegen Gewalt an Frauen aufstehen. Die Milliarde steht für die statistische Angabe der UN, dass ein Drittel aller Frauen und Mädchen weltweit in ihrem Leben Opfer von Gewalt werden.

Diesmal war das Motto „Superheld*innen gegen Gewalt“. Die Stimmung vor dem Parlament in Wien war großartig. Es gab Musik, Reden und es wurde viel getanzt. Wir gingen mit Clipboards herum. In diesem Umfeld war es leicht, Unterschriften zu sammeln. Die Leute waren sehr offen, das Unterschriftensammeln machte Freude. Wir sind alle sehr motiviert nach Hause gegangen.

ERFOLGE

GEMEINSAM VIEL ERREICHT

BURKINA FASO GEHT GEGEN FRÜH- UND ZWANGSHEIRAT

VOR. Die Regierung Burkina Fasos versprach, das Heiratsalter für Mädchen auf 18 Jahre anzuheben. Der Begriff „Zwangsheiraten“ wurde in den Gesetzestexten klar definiert. Mehr als eine halbe Million Menschen hatten die Amnesty-Petition im Rahmen der Kampagne „My Body.My Rights“ unterschrieben, was von der Regierung zur Kenntnis genommen worden war.

„Es war beeindruckend, wie Amnesty mit den Tausenden von Briefen und Postkarten die Behörden mit dem Thema Früh- und Zwangsheiraten herausforderte“, bekannte der Innenminister von Burkina Faso.

CHELSEA MANNING WIRD IM MAI 2017 FREIGELASSEN.

Am 17. Jänner, drei Tage vor dem Amtsantritt seines Nachfolgers, hat US-Präsident Obama die Haftstrafe der WikiLeaks-Informantin Chelsea Manning auf sieben Jahre verkürzt. Manning war zu 35 Jahren Gefängnis verurteilt worden, nachdem sie Informationen über mögliche Verbrechen nach internationalem



Recht sowie Menschenrechtsverletzungen des US-Militärs öffentlich gemacht hatte. Sie soll nun im Mai aus dem Hochsicherheitsgefängnis entlassen werden.

„Chelsea Manning hat schwere Menschenrechtsverletzungen publik gemacht. Daraufhin wurden ihre Rechte von der US-Regierung über Jahre verletzt. Mit der Strafreaktion hat Präsident Obama das Richtige getan, der Schritt war aber lange überfällig. Es ist unsäglich, dass Chelsea Manning Jahre im Gefängnis schmachten musste, während diejenigen, die durch die Informationen belastet

werden, immer noch nicht vor Gericht gebracht wurden“, erklärt Margaret Huang, Geschäftsführerin von Amnesty USA.

KENIA: FLÜCHTLINGE DÜRFEN BLEIBEN.

Im Norden Kenias befindet sich Dadaab, das größte Flüchtlingslager der Welt. Die kenianische Regierung wollte es schließen und die Bewohnerinnen und Bewohner abschieben. Nun hat ein Gericht die Schließung des Lagers untersagt. Amnesty International hatte den Prozess mit ins Rollen gebracht. Die Pläne der Regierung seien „diskriminierend“, „unverhältnismäßig“ und „willkürlich“, sagte Richter

John Mativo am 9. Februar 2017 in der Urteilsbegründung. Eine Schließung des Lagers käme einer Kollektivbestrafung der geflüchteten Menschen gleich. Zwei kenianische Menschenrechtsorganisationen hatten mit der Unterstützung von Amnesty International Rechtsmittel gegen die Schließung eingelegt, weil sie die Auflösung des Lagers für verfassungswidrig hielten.

NICARAGUA: FAHRZEUGE ZURÜCKGEGEBEN.

Am 10. Dezember hat die nicaraguanische Polizei der Menschenrechtsverteidigerin Francisca Ramírez zwei Fahrzeuge zurückgegeben, die sie für ihre Arbeit benötigt, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie zu verdienen. Die Polizei hatte die Fahrzeuge am 1. Dezember beschlagnahmt, als Francisca Ramírez in die Hauptstadt Managua gefahren war, wo sie sich öffentlich gegen eine Reihe von Unterdrückungsmaßnahmen aussprechen wollte, die gegen Teilnehmer*innen einer Demonstration ergriffen worden waren. Bei der Demonstration wurde auf die möglichen negativen Folgen des geplanten Nicaragua-Kanals aufmerksam gemacht. Die Türen und weitere Teile der Fahrzeuge waren beschädigt, als sie ihr zurückgegeben wurden.



Frauen im Flüchtlingslager

Dadaab

© Film Aid

ARGENTINIEN

AKTIVISTIN MILAGRO SALA WILLKÜRLICH IN HAFT

Die ehrenamtliche Sprecherin der Organisation Tupac Amaru befindet sich seit dem 16. Januar 2016 willkürlich in Haft. Die argentinische Regierung hat sie bislang nicht freigelassen, obwohl die UN-Arbeitsgruppe zu willkürlichen Inhaftierungen dies angeordnet hat.

Am 14. Dezember 2015 erstattete der Gouverneur der Provinz Jujuy, Gerardo Morales, Anzeige gegen Milagro Sala und das Netzwerk Sozialer Organisationen (Red de Organizaciones Sociales) wegen Protestierens vor dem Regierungsgebäude der Provinz Jujuy. Milagro Sala wurde am 16. Januar 2016 in Gewahrsam genommen. Obwohl ihre Freilassung angeordnet wurde, leitete man weitere strafrechtliche Verfahren gegen sie ein und behielt sie in Untersuchungshaft, wo sie sich auch heute noch befindet.

AMNESTY FORDERT SCHUTZ. Im Februar 2016 reichten Amnesty International und andere Organisationen eine Beschwerde bei der UN-Arbeitsgruppe zu willkürlichen Inhaftierungen ein und beantragten darüber hinaus beim Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte Schutzmaßnahmen für Milagro Sala. Die Arbeitsgruppe kam am 27. Oktober 2016 zu dem Schluss, dass die „Inhaftierung von Milagro Sala willkürlich ist“ und forderte die argentinische Regierung deshalb auf, „sie unverzüglich freizulassen“. Die Arbeitsgruppe stellte fest, dass zum Zeitpunkt ihrer Festnahme und Inhaftierung eine „Kette von Anschuldigungen“ vorgebracht wurde, um eine Inhaftierung auf unbestimmte Zeit zu rechtfertigen. Zudem war Milagro Sala nach Ansicht der Arbeitsgruppe von der Regierung daran gehindert worden, ihr Recht auf Verteidigung wahrzunehmen, was eine Verletzung der Unabhängigkeit der Justiz darstellt. Darüber hinaus kam die Arbeitsgruppe nach Analyse der Rechtsgründe für die Inhaftierung von Milagro Sala zu dem Schluss, dass es keine Grundlage für ihre Inhaftierung gebe. Am 3. November 2016 forderte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte von der argentinischen Regierung In-

formationen darüber, welche Maßnahmen sie ergriffen habe, um die Entscheidung der UN-Arbeitsgruppe umzusetzen. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat sich in einer öffentlichen Stellungnahme besorgt über die anhaltende Untersuchungshaft von Milagro Sala geäußert und die argentinische Regierung aufgefordert, „dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die Empfehlungen der Arbeitsgruppe umzusetzen“ und Milagro Sala umgehend freizulassen. Milagro Sala befindet sich nunmehr seit über einem Jahr in Haft, und die argentinische Regierung verstößt durch diese willkürliche Inhaftierung gegen ihre Menschenrechte.

DER HINTERGRUND. Die Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen ist ein Gremium der Vereinten Nationen, dessen Entscheidungen in Übereinstimmung mit dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gefällt werden. Beide Instrumente haben in Argentinien Verfassungstatus und somit ist ihre Anwendung keineswegs optional. Die Regierung ist gegenüber der internationalen Gemeinschaft und dem argentinischen Rechtssystem zu ihrer Einhaltung verpflichtet.

Im Fall von Milagro Sala untersuchte die Arbeitsgruppe die eingeleiteten rechtlichen Schritte eingehend, und zwar sowohl auf der Grundlage von Informationen, die von den beschwerdeführenden Organisationen bereitgestellt wurden, als auch auf der Grundlage von Regierungsangaben. Die Arbeitsgruppe kam zu dem Schluss, dass „die Inhaftierung von Milagro Sala willkürlich ist“ und sie umgehend freigelassen werden muss. Die Arbeitsgruppe forderte die argentinische Regierung außerdem auf, Informa-

**WERDEN SIE
SCHNELL AKTIV!**

Senden Sie bitte den Appellbrief bis 16. März ab und verlangen Sie die sofortige Freilassung von Milagro Sala.



**Milagro Sala bei einem
Bürger*innenforum in San Miguel
de Tucumán im Juli 2015**

© Romina Santarelli/ Ministerio de
Cultura de la Nación

tionen zu den daraufhin ergriffenen Maßnahmen bereitzustellen, wie zum Beispiel: a) das Datum der Entlassung von Milagro Sala; b) ob eine Form von Entschädigung geleistet wird; c) ob „eine Untersuchung der Menschenrechtsverstöße gegen Milagro Sala vorgenommen wurde“, samt etwaiger Ergebnisse; und d) welche Maßnahmen ergriffen wurden, um eine Wiederholung solcher oder ähnlicher Ereignisse zu verhindern.

RESPEKT FÜR DIE GRUNDRECHTE. Die Inhaftierung von Milagro Sala und die Tatsache, dass die argentinische Regierung der Entscheidung der UN-Arbeitsgruppe zu willkürlichen Inhaftierungen noch nicht nachgekommen ist, waren im November 2016 Gegenstand der interaktiven Dialoge zwischen dem UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen, dem UN-Ausschuss für die Beseitigung der rassistischen

Diskriminierung und der Regierung. Diese Gespräche standen im Kontext der Beurteilung der periodischen Berichte Argentiniens über die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Frauen und dem UN-Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung. Der UN-Ausschuss für die Beseitigung der rassistischen Diskriminierung forderte für Milagro Sala „wirksamen Zugang zu den Justizbehörden, Respekt für ihre Grundrechte und die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien“ im Verfahren gegen sie sowie die Einhaltung der Empfehlung der Arbeitsgruppe zu willkürlichen Inhaftierungen. (CERD/C/ARG/CO/21-23 - 2016).

Die argentinische Regierung ist verpflichtet, die Einhaltung der von der Arbeitsgruppe angeordneten Maßnahmen zu gewährleisten.

KANADA

GEWALT AN INDIGENEN FRAUEN UND MÄDCHEN

In Kanada werden indigene Frauen und Mädchen (Angehörige der Métis, Inuit und First Nations) überdurchschnittlich häufig Opfer von Gewalttaten, darunter auch Morden. Mehr als 1.000 indigene Frauen „verschwanden“ oder wurden in den letzten 30 Jahren ermordet.

Von sexuellem Missbrauch innerhalb und außerhalb der Familie über Gewalt am Arbeitsplatz und auf der Straße bis hin zu ungeklärten Todesfällen – für viele indigene Frauen und Mädchen sind Gewalttaten in ihren unterschiedlichen Ausformungen Teil des Alltags.

Weitverbreiteter Rassismus, Verarmung und Ausgrenzung sind mitverantwortlich dafür, dass indigene Frauen besonders von Gewalt bedroht sind. Zudem gewähren ihnen weder

Gewalt gegen indigene Frauen und Mädchen klären soll. Dies hatten Organisationen, die sich für indigene Frauen einsetzen, seit langem gefordert. Notwendig sind aber auch Sofortmaßnahmen, um die größten Defizite beim Schutz und der Unterstützung indigener Frauen und Mädchen in Kanada zu bekämpfen. Dazu zählt unter anderem, dass es viel zu wenig Anlaufstellen und Schutzräume für indigene Frauen und Mädchen in Notfallsituationen gibt.



Demonstration für die Rechte der indigenen Frauen und Mädchen in Kanada
© Amnesty International

Polizei noch Regierungsbehörden einen angemessenen Schutz.

Unzureichende Wohnverhältnisse, Diskriminierung beim Zugang zu Sozialleistungen und mangelnde Unterstützung durch die Behörden führen dazu, dass indigene Frauen unter Bedingungen leben, die ein erhöhtes Gewaltpotenzial bergen. Hierzu zählen überfüllte Häuser, illegaler Drogenhandel und Sexarbeit. Die Regierung hat vor kurzem eine landesweite Untersuchung in Auftrag gegeben, die die Ursachen für das Ausmaß an

GEWALT ALS NORMAL ERLEBT. Norma Pyle, ein Angehörige der Blueberry River First Nation, beschreibt ihre Kindheit in einem Interview so: „Gewalt gegen Frauen war für ein heranwachsendes Kind normal. Es war einfach normal, Gewalt innerhalb des Hauses, der Community und wohin man auch ging zu erleben. Die Sache war die, niemand wusste zu dieser Zeit, dass es nicht normal war.“ Ähnliches erzählte auch Helen Knott, eine der zahlreichen indigenen Frauen, die Amnesty International im Zuge der Recher-

chearbeit in Fort St. John interviewte: „Gewalt war mein Leben. Ich habe nicht einmal bemerkt, dass das nicht normal war. Wenn man in seinem Leben viel Gewalt erfährt, wird sie ein Teil des Alltags.“ Fort St. John liegt im Nordwesten der kanadischen Provinz British Columbia. Hier schafft die an sich schon überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsrate zusätzliches Gewaltpotential.

FRAUEN VERSCHWINDEN. In Fort St. John zeigen die Statistiken der Polizei eine große Anzahl an Gewaltverbrechen auf. Doch aufgrund der Stigmatisierung in der Gesellschaft sowie der langwierigen Prozesse wird nur ein Bruchteil der Fälle überhaupt erfasst. In den zahlreichen Interviews, die Amnesty International hier führte, wurden überdies auf zahlreiche Todesfälle aufmerksam gemacht, in deren Verlauf indigene Frauen einfach verschwanden. Sie wurden teilweise nach Jahren ermordet aufgefunden, andere sind bis heute vermisst. Die meisten dieser Morde wurden nie aufgeklärt.

Am 1. September 2016 begann eine landesweite Untersuchung, die von der kanadischen Regierung in Auftrag gegeben wurde, um die Ursachen für das Ausmaß an Gewalt gegen indigene Frauen und Mädchen aufzuklären. Schon lange hatten dies zahlreiche Organisationen gefordert, die sich für indigene Frauen einsetzten. Die Untersuchung endet voraussichtlich im Dezember 2018. Bis dahin ist es dringend notwendig, Anlaufstellen zu schaffen, die indigenen Frauen und Mädchen Schutz bieten.

Wieso wird dem Leben einer indigenen Frau in der Gesellschaft nicht derselbe Wert beigemessen wie dem einer nicht-indigenen Frau? Melina Laboucan Massimo, eine Umweltaktivistin der Lubicon Cree First Nation, sieht die Gründe für die Ausschreitungen gegenüber indigenen Frauen und Mädchen in einer kolonialen Einstellung, wie sie im April 2016 in

der New York Times schrieb: „Wir müssen die patriarchalen, rassistischen

und kolonialen Denkweisen in der kanadischen Gesellschaft benennen, um wirksam die Gründe dafür aufzudecken, wieso in der kanadischen Gesellschaft das Leben indigener Frauen und Mädchen als nicht gleichwertig mit dem der nicht-indigenen Frauen betrachtet wird.“

Amnesty setzt sich gemeinsam mit der Native Women's Association of Canada seit mehr als zehn Jahren für die „Stolen Sisters“ - die indigenen Frauen und Mädchen ein.

DRUCK DURCH STAUDAMMPROJEKT. In Kanada bedroht jetzt ein Staudammprojekt das Leben indigener Gemeinden. Obwohl ihre Rechte durch die Verfassung geschützt sind, hat der Bau bereits begonnen. Der Peace River fließt durch die kanadische Provinz British Columbia. Genau dort wird eines der größten Wasserkraftwerke des Landes gebaut.

Für das Projekt „Site C“ soll auf einer Länge von mehr als 80 Flusskilometern ein riesiger Stausee entstehen. Im geplanten Überflutungsbereich liegen hunderte heilige Orte der „First Nations“.

Um das Vorhaben zu stoppen, sind die indigenen Gemeinden aus dem Peace River Valley vor Gericht gezogen. Sie hoffen, dass es noch nicht zu spät ist, den Kurs zu ändern und den bereits entstandenen Schaden zu beheben. Doch obwohl das Urteil noch aussteht, haben die Bauarbeiten bereits begonnen. Amnesty befürchtet, dass sich mit dem wirtschaftlichen Druck durch das Staudammprojekt die Sicherheitslage für die indigenen Frauen und Mädchen weiter verschlechtert.



CONNIE GREEYES, eine Aktivistin der Cree, unterstützt Familien, in denen Frauen „verschwanden“ und brachte die Regierung dazu, endlich eine nationale Erhebung zu beginnen.

© Amnesty International Canada

WERDEN SIE AKTIV!
Senden Sie bitte den
Appellbrief an die zuständige
Ministerin ab.
Langzeitaktion

Den Amnesty-Bericht „OUT OF SIGHT, OUT OF MIND. GENDER, INDIGENOUS RIGHTS, AND ENERGY DEVELOPMENT IN NORTHEAST BRITISH COLUMBIA, CANADA“ finden Sie auf amnesty.org

KINDERHEIRAT

TEUFELSKREIS AUS ARMUT UND DISKRIMINIERUNG

39.000 Mädchen unter 18 werden weltweit jeden Tag verheiratet, ohne eine Wahl zu haben, ob sie das möchten oder ob sie den Partner wollen. Manche werden wie Vieh verkauft und wie Sklavinnen gehalten.

Wussten Sie, dass alle zwei Sekunden in verschiedenen Ländern der Welt ein Mädchen unter 18 Jahre verheiratet wird? Trotz des internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der Frauen- und der Kinderrechtskonvention oder der Allgemeinen Erklärung der



HORTENCE LOUGUÉ ist langjährige Partnerin von Amnesty und arbeitet mit zwangsverheirateten Mädchen und gegen Genitalverstümmelung. Mit ihrer Lobbyarbeit erreichte sie Gesetze gegen Kinderheirat in Burkina Faso.

© Leila Alaoui für Amnesty International

Erklärung der Menschenrechte steht geschrieben, dass „die Ehe nur auf Grund der freien und vollen Willenseinigung der zukünftigen Ehegatten geschlossen werden darf“, 39.000 Mädchen werden weltweit jeden Tag (!) verheiratet, ohne eine Wahl zu haben, ob sie das möchten oder ob sie den Partner wollen. Für sie bedeutet die Heirat oft das Ende ihrer Ausbildung, ihrer Kindheit und meist auch eines selbstbestimmten Lebens. Es erwarten sie Armut, häusliche Gewalt, Vergewaltigung in der Ehe, sogar AIDS im neuen Zuhause. So gut wie alle Kinderbräute bekommen bald eigenen Nachwuchs. Diese sehr jungen Mütter haben eine um 28 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit, während der Geburt zu sterben, als Frauen im Alter von 20 oder mehr. Einer der häufigsten Auslöser für Kinderheirat ist die Armut. Eltern glauben, die Ehe könne ih-

re Töchter vor ökonomischer Unsicherheit retten, oder sie betrachten die Mädchen als eine finanzielle Belastung. Zwangsehen werden auch als Mittel für soziale und wirtschaftliche Verbindungen geschlossen, wie auch zur Tilgung von Familienschulden. Das Brautgeld hat in vielen Ländern lange Tradition und verleitet oder zwingt Eltern, ihre jungen Töchter zu verheiraten. Kulturelle und religiöse Bräuche, der Druck, die Tochter jungfräulich zu vermählen, fehlende Gesetze gegen Eheschließungen vor dem 18. Lebensjahr und der Verkauf von Mädchen sind weitere Ursachen von Kinderheirat. Auch Klimaveränderung führt oftmals zur Armut und Obdachlosigkeit, was wiederum die Familie bewegt, rasch einen Bräutigam für ihren weiblichen Nachwuchs zu finden.

BESONDERS GEFÄHRDET. In Kriegen und militärischen Konflikten sind Mädchen die häufigsten Opfer von Entführungen, Vergewaltigungen und Menschenhandel, deswegen sehen die Eltern Heirat als Rettung für ihre Töchter.

„Heirat und vorzeitige Schwangerschaft bedeuten den Abbruch von Ausbildung und ein Leben mit verminderten Chancen für Millionen von Mädchen“, schrieb Gordon Brown, UNO-Sonderbotschafter für Bildung und ehemaliger britischer Premierminister. „Da sie keine Chance bekommen haben, durch Ausbildung ihre eigenen Fähigkeiten zu verwirklichen, sind viele dieser Mädchen zu Armut, Analphabetismus und Ohnmacht verurteilt.“

Diskriminierung aufgrund des Geschlechts schränkt die Chancen für Mädchen ein, obwohl in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO verankert ist, dass sie gleiches Recht auf Ausbildung haben wie Buben. Wenn Arbeitslast und Armut die Eltern dazu zwingen, eine Wahl zu treffen, wer von ihren Kindern in die Schule gehen soll, fällt die Entscheidung meist zu Gunsten der Knaben. Es gibt auch scheinbar vernünftige Argumente für eine solche Wahl, etwa Gefahren für Mädchen,

wie am Schulweg vergewaltigt oder entführt, beziehungsweise in der Schule von Schulkameraden und Lehrern belästigt zu werden. In den sogenannten Entwicklungsländern sind die Kinder oft bei der Hausarbeit eingesetzt. Die Mädchen kochen, putzen oder beschaffen Wasser und kommen dadurch zu spät zur Schule oder verpassen den Unterricht gänzlich. Auch die Sprache ist eines der Hindernisse, da viele Schüler*innen ethnischer Minderheiten dem Unterricht nicht folgen können. In abgelegenen und instabilen Gebieten ist es eine Herausforderung, weibliches Lehrpersonal zu finden, was wiederum Familien bewegt, ihre Töchter nicht zur Schule zu schicken. Wegen des finanziellen Aufwands sind das Schulgeld, die Schulkleidung und die Lehrmittel für viele arme Familien unerschwinglich. Manche Familien können ihre Kinder nur mangelhaft ernähren, und diese sind deshalb zu schwach, um die Schule zu besuchen. Und mit diesem verlorenen Potenzial, sagte der ehemalige US-Präsident Barack Obama in einer Rede an die Afrikanische Union, vergibt man eine vielversprechende Zukunft für die Mädchen, ihre Familien, die Gemeinschaft, die Völker und die Welt.

26 LÄNDER MIT DEN MEISTEN KINDERHEIRATEN. Laut einer CARE Studie, basierend auf Daten der UNICEF, gibt es 26 Länder auf der Welt, in denen mehr Mädchen unter 18 heiraten als eine höhere Schule besuchen. Fehlende Gesetze gegen Kinderheirat und die Benachteiligung von Mädchen im Bildungssystem sind nur zwei Ursachen der vielen Kinderbräute in **Tansania**. Für dieses Land besteht die Hoffnung, bald nicht mehr auf der CARE Liste zu stehen, da laut höchstgerichtlicher Anordnung die Ehegesetze revidiert werden. Anwält*innen versuchen zudem, Vergewaltigung in der Ehe und häusliche Gewalt unter Strafe zu stellen. **Afghanistan** ist auch noch auf der Liste, obwohl

2009 Kinderheirat verboten wurde. Seit dem Ende des Bürgerkriegs hat

Sierra Leone große Fortschritte gemacht. Weil die Quote bei der Kinderheirat von 56 Prozent im Jahr 2006 bis auf 44 Prozent im Jahr 2010 gesunken ist, hat Sierra Leone die größte Verbesserung der gelisteten 26 Länder erreicht. In **Côte d'Ivoire** verhüten nur neun Prozent der Frauen. Zahlreiche frühe Schwangerschaften gefährden die Gesundheit und das Leben der Mädchen.

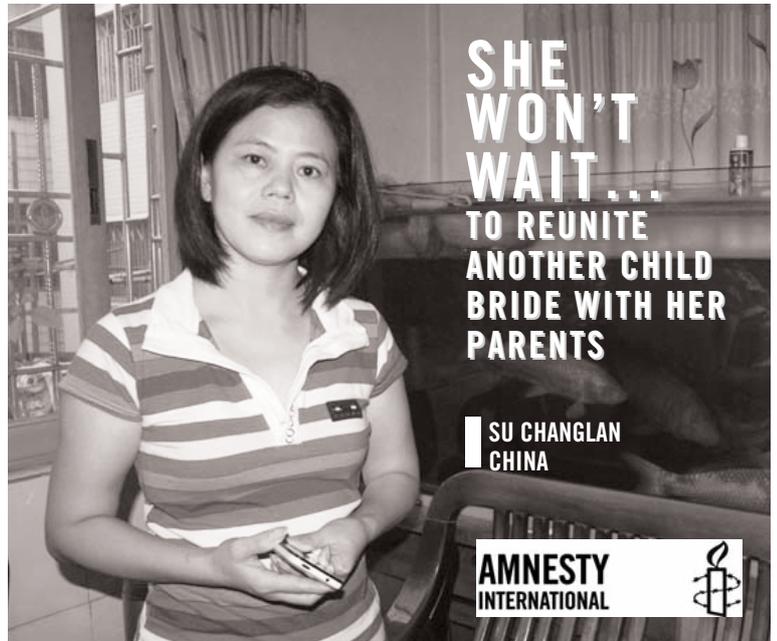
Während in **Madagaskar** durchschnittlich 41 Prozent der Mädchen vor dem 18. Lebensjahr verheiratet werden, sind es in manchen Regionen noch deutlich mehr.

Nur eine von fünf Mädchen besucht eine höhere Schule in **Äquatorialguinea**, da viele schon im Alter von zehn Jahren heiraten müssen, oft auch Männer mit 70.

Bangladesch hat mit 65 Prozent die höchste Quote an verheirateten Minderjährigen außerhalb von Subsahara-Afrika. Extreme Armut, mitverursacht durch den Klimawandel, treiben Eltern dazu, ihre Töchter früh zu verheiraten. In **Mauretanien** werden Mädchen auf dem Land häufig als gewinnbringendes Kapital für arme Familien betrachtet. Sie werden an wohlhabende, ältere Männer aus den Golfstaaten verkauft.

In **Senegal** ist ein Drittel der Mädchen unter 18 bereits verheiratet. Viele Ehen sind polygam, und die Männer suchen für jede weitere Ehe immer jüngere Mädchen.

Guinea-Bissau ist eines der ärmsten Ländern der Welt, wo wie in anderen Genitalverstümmelung üblich ist. Schon 13-jährige werden an sehr viel ältere Männer zwangsverheiratet. Menschen, die von Zwangsheirat bedrohten



Die Lehrerin SU CHANGLAN konnte nicht zusehen, wenn wieder ein Mädchen als Kinderbraut verkauft wurde. Sie unterstützte die Eltern bei der Suche und setzte sich auch für Landrechte und prodemokratische Proteste in Hongkong ein. Seit 2015 ist sie in Haft.

© Privat

KINDERHEIRAT. EIN TEUFELSKREIS AUS ARMUT UND DISKRIMINIERUNG

Mädchen helfen wollten, wurden ermordet.

Die jungen Mädchen in **Eritrea** heiraten, bevor sie wissen, was Sex oder Geburtenregelung bedeutet. Verhütung ist praktisch nicht existent.

In **Uganda** zeigt sich der Zusammenhang zwischen Armut, Schulbildung und Kinderheirat besonders deutlich. Zwei Drittel der Mädchen die keine weiterführende Schule besuchen, sind bereits verheiratet.

Nigeria ist das Land mit der höchsten Zahl an Kindern, die keine Schule besuchen und einer Kinderheiratsquote von 40 Prozent. Bildung für Mädchen wird geringgeschätzt.

Obwohl in **Malawi** Gesetze gegen Heirat vor der

Volljährigkeit in Kraft getreten sind,

gibt es noch 50 Prozent Anteil an Kinderbräuten.

Unruhen und Armut in **Liberia** sind zwei Auslöser für Frühheirat. Mädchen werden in der Ehe ausgebeutet und eingesperrt.

Armut, Ausbeutung als Hausarbeiterinnen, Genitalverstümmelung und 55 Prozent frühe Ehen prägen das Leben der Mädchen in **Mali**.

Nach 27 Jahre Krieg in **Angola** sind die Mädchen oft die Einzigen, die sich um Haushalt und Geschwister kümmern und deswegen haben sie keine Zeit für die Schule. Weniger als eines von zehn Mädchen, die in **Guinea** heiraten, verhütet. 52 Prozent sind mit 18 Ehefrauen.

In **Äthiopien** heiraten viele, bevor sie die Grundschule fertigmachen, da die Mädchen später mit der Schule beginnen.

Mädchen werden in **Mosambik** häufig als Währung missbraucht und gegen Nutztiere eingetauscht. Müttersterblichkeit ist extrem hoch, wie auch HIV-Raten.

In der nördlichen Sahel Region in **Burkina Faso** sind 86 Prozent der Mädchen vor dem 18. Le-

bensjahr verheiratet. Geburtenkontrolle wird kaum praktiziert.

Somalia und der **Südsudan**, durch Konflikte und Krieg gezeichnete Länder, erweisen sich für Mädchen als besonders gefährlichen Lebensraum. Die Mädchenbildung liegt auf einem Tiefststand.

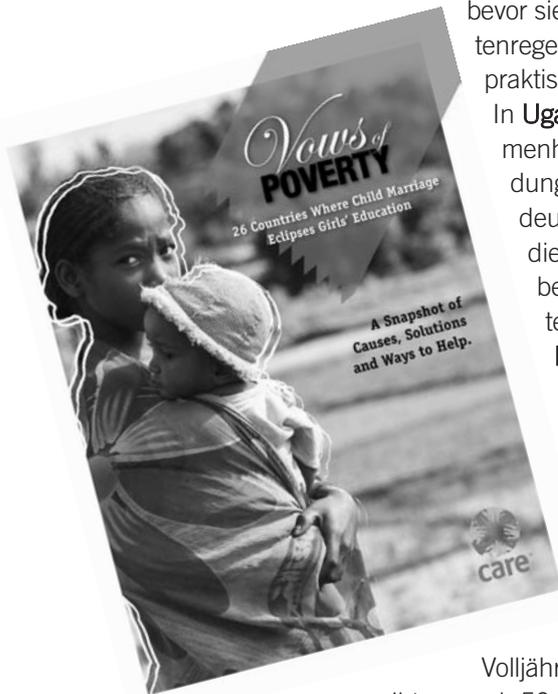
Schlusslichter auf der CARE Liste sind die **Zentralafrikanische Republik** und der **Tschad** mit je 68 Prozent Kinderbräuten. Das zuletzt gelistete Land ist **Niger**, wo nur 10 Prozent der Mädchen, oder weniger, höhere Schulen besuchen. Es gibt 76 Prozent Kinderbräute.

BEWUSSTSEIN ÄNDERN, HILFE BIETEN. Um Kinderheirat oder niedrige Einschulungsquoten zu bekämpfen, benötigt man größeres Bewusstsein bei Eltern und Regierungen, d.h. Traditionen und Gewohnheiten betreffend Geschlechternormen müssen in Frage gestellt werden.

Im November 2014 erließ die UN-Generalversammlung die erste Resolution über Kinderheirat, in der diese Praxis verurteilt wurde. Bangladesch, Tansania, Burkina Faso, Mali, Jemen und Sambia starten Reformen und Kampagnen um Kinderheirat zu beseitigen. Ein ICRW Bericht (International Center for Research on Women) aus dem Jahr 2011 definierte die fünf wichtigsten Strategien zur Bekämpfung von Kinderheirat:

- ▶ Zugang für Mädchen zu Informationen, Fähigkeiten und Unterstützungsnetzen
- ▶ Ausbildung und Mobilisierung von Eltern und Familienmitgliedern
- ▶ Verbesserung von Erreichbarkeit und Qualität der Schulausbildung für Mädchen
- ▶ Finanzieller Unterstützung und Stipendien für Mädchen und ihre Familien
- ▶ die Verbesserung gesetzliche Rahmenbedingungen.

„Der beste Hinweis, ob ein Volk erfolgreich sein wird, ist wie die Frauen in ihrem Land behandelt werden. Wenn ihr wollt, dass euer Land wächst, müsst ihr eure Frauen ermächtigen“, sagte Obama zur Afrikanische Union.



Quelle: CARE-Bericht „Vows of Poverty. 26 Countries Where Child Marriage Eclipses Girls' Education“

Zusammenfassung:
Tamara Martin,
Mitglied des Amnesty-
Netzwerks Frauenrechte

AMNESTY INTERNATIONAL REPORT 2016/17

AUSGRENZUNG FÜHRT ZU SPALTUNG UND ANGST

Politiker*innen, die einen trennenden Diskurs ‚Wir gegen die Anderen‘ proklamieren, schaffen eine gespaltene und gefährliche Welt, warnt Amnesty International.

Der Amnesty International Report 2016/17 erfasst die Situation in 159 Staaten und liefert die umfassendste Analyse zur Situation der Menschenrechte weltweit. Der Bericht warnt vor den Folgen eines Diskurses ‚Wir gegen die Anderen‘, der die politische Agenda in Europa, den USA und in anderen Teilen der Welt erfasst hat. Damit würden die Menschenrechte immer stärker zurückgedrängt und die Reaktionen auf Gräueltaten und Verbrechen fielen immer schwächer aus.

„2016 setzten Staaten die Grundlagen unserer friedlichen Gesellschaft aufs Spiel. Diese Grundlagen wurden hart erkämpft und in 30 Artikeln niedergeschrieben. Unsere Menschenrechte geben uns seit 70 Jahren Halt und Orientierung.“, sagt Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich. „Laut unserem Jahresbericht wurden in 22 Ländern Menschen ermordet, die sich friedlich für ihre Rechte eingesetzt haben. Zum Beispiel in Honduras, wo Berta Cáceres, die für Landrechte der Indigenen kämpfte, umgebracht wurde. Mindestens 23 Staaten beginnen Kriegsverbrechen, und in 36 Ländern wurden Menschen auf der Flucht illegal in ein Land abgeschoben, in dem sie nicht sicher waren, wie zum Beispiel in Griechenland.“

RÜCKSCHRITTE FÜR DIE MENSCHENRECHTE WELTWEIT.

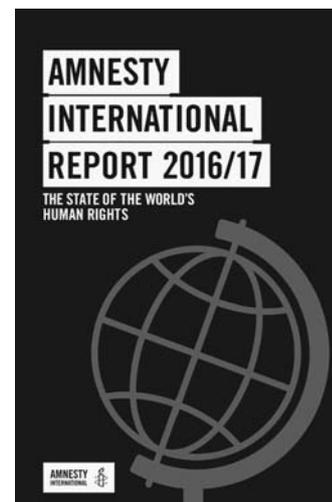
Der globale Trend hin zu einer feindseligen politischen Rhetorik wurde im Wahlkampf von Donald Trump in den USA vorgeführt, aber auch in anderen Teilen der Welt sichern sich Politikerinnen und Politiker ihren Machterhalt mit Angstmacherei und Schuldzuweisungen. Diese Rhetorik ist allgegenwärtig geworden und bestimmt zunehmend staatliches Handeln. Im Jahr 2016 haben Regierungen die Augen vor Kriegsverbrechen verschlossen und Deals durchgesetzt, die das Asylrecht in Frage stellen. Es wurden Gesetze verabschiedet, die die freie Meinungsäußerung verletzen oder zum Mord an vermeintlichen Drogensüchtigen aufrufen. Folter und Massenüberwachung wurden

für legitim erklärt, den Sicherheitskräften umfassende Macht zugesprochen.

FLÜCHTLINGE UND MIGRANT*INNEN ALS SÜNDENBÖCKE.

Viele Regierungen nahmen Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten ins Visier. Der Jahresbericht von Amnesty International dokumentiert, wie 36 Staaten internationales Recht gebrochen haben, indem sie widerrechtlich Flüchtlinge in Länder zurückschickten, in denen ihnen Gefahr an Leib und Leben drohte. Unlängst hat US-Präsident Trump seine hass-erfüllte Wahlkampfrhetorik in die Tat umgesetzt und per Dekret versucht, Menschen, die auf der Flucht vor Kriegen wie in Syrien sind, davon abzuhalten, Schutz in den USA zu suchen. Australien interniert Flüchtlinge auf den Pazifikinseln Nauru und Manus. Die EU hat einen illegalen und unverantwortlichen Deal mit der Türkei abgeschlossen, mit welchem Flüchtlinge in die Türkei zurückgeschickt werden sollen, obwohl sie dort nicht sicher sind. Und die USA und Mexiko deportieren weiterhin Menschen, die vor der grassierenden Gewalt in Zentralamerika fliehen.

DIE WELT VERSCHLIEBT IHRE AUGEN vor Kriegsverbrechen. Amnesty International befürchtet, dass sich laufende Konflikte im Jahr 2017 weiter verschärfen. Die Politik ‚Wir gegen die Anderen‘ nimmt auch in internationalen Beziehungen Form an und ersetzt den Multilateralismus durch eine aggressivere und konfrontativere Weltordnung. Der UN-Sicherheitsrat bleibt durch die Rivalität der Vetomächte paralytisch. „Die internationale Gemeinschaft hat auf unzählige Menschenrechtsverletzungen im Jahr 2016 mit Schweigen reagiert: Der unmenschliche Krieg in Syrien, die tausenden Toten auf den Philippinen, die im Drogenkrieg von der Polizei erschossen wurden, Russland, wo Gewalt in der Ehe legalisiert wurde. Die große Frage für 2017 wird sein, wie lange die Welt noch zuschaut, bis sie etwas gegen diese Gräueltaten unternimmt,“ so Annemarie Schlack.



„Wir können uns nicht länger auf die Regierungen verlassen, wenn es um den Schutz der Menschenrechte geht. Wir müssen gemeinsam unseren Regierungen klar machen, dass wir Halt und Orientierung auf Grundlage unserer Menschenrechte wünschen, und uns nicht auseinander dividieren lassen. Nur so wird die Zukunft friedlich und sicher für uns alle sein.“

Annemarie Schlack,
Geschäftsführerin von Amnesty
International Österreich

TAIWAN

SPÄTER TROST FÜR DIE „TROSTFRAUEN“

Etwa 200.000 Frauen wurden im Zweiten Weltkrieg in den von Japan besetzten Ländern - China, Taiwan und den Philippinen - in die Prostitution für die Truppen gezwungen. Der taiwanese Film „The Song of The Reed“ setzt sich mit dem Leben von sechs sogenannten „comfort women“ auseinander.

Am Vorabend zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, dem 25. November 2016, zeigten die Frauen*solidarität und das Vienna Center for Taiwan Studies (TSC) in Kooperation mit dem Amnesty Netzwerk Frauenrechte und den FrauenFilmTagen den taiwanesischen Dokumentarfilm „The Song of the Reed“ in Anwesenheit der Regisseurin Wu Hsiu-Ching.

Der berührende Film beleuchtet das spätere Leben von sechs ehemaligen sogenannten „comfort women“, sechs von etwa 2.000 taiwanesischen Frauen, die im Zweiten Weltkrieg in die Sexsklaverei für die japanischen Truppen gezwungen wurden.

Regisseurin Wu Hsiu-Ching und Astrid Lipinsky, Sinologin und Leiterin des Centers for Taiwan Studies

© Frauen*solidarität

15 Jahren immer wieder arbeitet, sowohl mit Appellen direkt an die japanische Regierung, als auch Eingaben an UN-Gremien. Schätzungen zufolge wurden 200.000 Frauen in den von Japan besetzten Ländern - China, Taiwan und den Philippinen - in die Prostitution gezwungen. In der Regel wurden sie bis Kriegsende in Kasernen als Prostituierte und Zwangsarbeiterinnen gehalten. Bis heute negiert Japan diese Kriegsschuld und verweigert den Überlebenden eine offizielle Entschuldigung und jegliche Entschädigung. Nach Kriegsende wurden viele Frauen vom Militär ermordet oder an der Heimkehr gehindert. Diejenigen, die in Lager der Alliierten kamen, konnten nach einiger Zeit in ihre Heimat zurückkehren.

SCHWEIGEN AUS SCHAM. Viele von ihnen schwiegen aus Scham über ihre Vergangenheit oder wurden stigmatisiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Bei den Kriegsverbrecherprozessen wurde die Zwangsprostitution nicht thematisiert; auch von einer Entschädigung durch die japanische Regierung war keine Rede. Erst Ende der 80er-Jahre mit der aufkommenden Frauenbewegung in Südkorea kam auch das Schicksal der „comfort women“ wieder ans Licht. Nach und nach meldeten sich ehemalige Zwangsprostituierte in der Öffentlichkeit zu Wort, und 1992 begannen sie, jeden Mittwoch vor der japanischen Botschaft in Seoul mit den Worten zu protestieren: „Es ist die japanische Regierung, die sich schämen muss, nicht wir!“

Auf internationaler Ebene wurde sexuelle Gewalt gegen Frauen im Krieg erstmals auf der UNO-Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien und dann auf der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking zur Sprache gebracht. Im Februar 1997 veröffentlichte der UNO-Sonderberichterstatter zu Gewalt gegen Frauen einen Bericht, in dem er die japanische Regierung



Die Bezeichnung „comfort women /Trostfrauen“ ist ein unzulässig in beschönigender Terminus der japanischen Armee für Zwangsprostituierte. Menschen, die sich für diese einsetzen, verwenden ihn nur ungern und nur deshalb, weil Opfer dieser Kriegsverbrechen unter dieser Benennung bekannt sind. Für Amnesty International ist das ein wichtiges Thema, zu dem die Organisation seit etwa

auf ihre Verantwortung gegenüber den „Trostfrauen“ hinwies. Die Regierung in Tokyo wurde aufgefordert, die moralische wie rechtliche Verantwortung für die an den Frauen verübten Menschenrechtsverletzungen zu übernehmen, sich bei ihnen zu entschuldigen, sie finanziell zu entschädigen und diejenigen vor Gericht zu stellen, die Frauen zwangsrekrutiert und misshandelt hatten. Die japanische Regierung reagierte mit scharfer Kritik und wenig Einsicht.

Daraufhin initiierten Nichtregierungsorganisationen ein „Internationales Kriegsverbrechertribunal“, das im Dezember 2000 in Tokyo und ein Jahr später in Den Haag tagte. Dem früheren Kaiser Hirohito und neun ranghohen Politikern und Militärs wurden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Die japanische Regierung wurde verurteilt, den Opfern eine angemessene Entschädigung zu zahlen, sich offiziell bei den Opfern zu entschuldigen und die japanische Bevölkerung über die Kriegsverbrechen aufzuklären.

Noch 2012 gehörte der jetzige japanische Ministerpräsident Shinzo Abe zu den Unterzeichnern einer Anzeige in US-amerikanischen Zeitungen, in der bestritten wurde, dass die Kaiserlich-Japanische Armee während des Zweiten Weltkriegs Frauen in die sexuelle Sklaverei für das Militär gezwungen habe.

Inzwischen sind die meisten betroffenen Frauen verstorben, ohne dass ihnen Gerechtigkeit widerfahren wäre.

GEGEN DAS VERGESSEN. Den letzten taiwanesischen „comfort women“ setzt der Film „The Song of the Reed“ ein Denkmal. Denn auch in Taiwan ist das Gedenken an dieses Unrecht nicht im öffentlichen Bewusstsein, obwohl die Regierung den Frauen eine gewisse Summe bezahlte.

Produziert wurde der Film durch die NGO Tai-

pei Women's Rescue Foundation, die betroffene Frauen seit Jahren mit Workshops und Beratungen unterstützt. Regisseurin Wu Hsiu-Ching begleitete drei Jahre lang die Arbeit der Sozialarbeiter*innen und der Frauen. Im Film kommen sie mit ihren zerstörten Träumen, Wünschen und Verletzungen zu Wort. Der Film zeigt einfühlsam die Überwindung schwerer Traumata, aber auch viele Momente von Lebensfreude und die Erfüllung später Wünsche. Immer aber

wahrt er die Würde der Frauen. Ein respektvoller Umgang mit den Frauen sei erst seit der Erstpräsentation des Filmes 2015 bemerkbar, berichtete die Regisseurin in der anschließenden Publikumsdiskussion.

Sie sieht den Film als ein wichtiges Dokument, um Vorurteilen zu begegnen und gesellschaftliche Veränderungen zu ermöglichen. Es gehe darum, das Thema präsent zu halten und sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Auch wenn die Frauen aus dem Leben scheiden – der Film bleibt.

Vorgestellt wurde auch das Projekt „Ama Museum – Honor Ama's Love and Fulfill Their Dreams“ (Ama bedeutet im Taiwanesischen Großmutter) und die Arbeit der Taipei Women's Rescue Foundation, die seit 1992 zu den Anliegen der „comfort women“ arbeitet. Das Museum soll ihre Geschichte für künftige Generationen erhalten.



**Sehenswert und berührend:
„The Song of the Reed“
(Taiwan 2015, 76 Min, Original
mit englischen Untertiteln)**

AFGHANISTAN RAUS AUS DER GEWALT

Jahrzehntelange militärische Konflikte lassen das Land nicht zur Ruhe kommen und treiben junge Menschen zur Flucht. Aber es gibt auch Fortschritte und Zeichen der Hoffnung.

In der Diplomatischen Akademie fand die Veranstaltung „Afghanistan – Raus aus der Gewalt!“ statt. Dazu wurden Helena Malikiyar und Haseeb Humayoon aus Kabul (Afghanistan) eingeladen.

Helena Malikiyar lebt als politische Analystin und Historikerin in Kabul. Sie studierte in den USA, bevor sie 2004 im Auftrag des UNDP nach Afghanistan zog. Malikiyar hat zahlreiche Artikel und Kommentare zur Situation in Afghanistan und zum afghanischen Verhältnis zu Pakistan verfasst. Malikiyar ist zudem Gründungsmitglied der afghanischen Women's Charter, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Frauenrechte und die politische Teilhabe von Frauen in Afghanistan zu verbessern.

Haseeb Humayoon lebt in Kabul und ist Publizist und Mitbegründer der afghanischen Jugendorganisation 1400. Afghanistan 1400 ist eine zivile und politische Bewegung mit dem Ziel, eine politische Plattform für die jüngeren Menschen in Afghanistan zu schaffen. Die Jugendbewegung versteht die Vielfalt Afghanistans als etwas Positives und möchte als eine starke und einflussreiche Stimme an der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans teilnehmen.

Bericht: Barbara Wagner, Juristin und Sprecherin des NW Frauenrechte

Die afghanische Bevölkerung ist eine der jüngsten weltweit. Gleichzeitig wächst sie stark. Wegen der unsicheren innenpolitischen Lage verließen über 2,7 Mio. Afghan*innen (9 Prozent der Bevölkerung) das Land. Gründe dafür sind die schlechten Sicherheitsstandards, das Erstarken gewalttätiger Gruppen wie der Taliban und die schwache politische Führung. Der Bevölkerung fehlen die wirtschaftliche und politische Perspektive.

Das führte dazu, dass Afghan*innen hinter Syrer*innen die größte Gruppe unter den weltweiten Flüchtlingen darstellen. In Österreich sind sie seit 2015 die größte Flüchtlingsgruppe. Helena Malikiyar und Haseeb Humayoon berichten über die Lage in Afghanistan und wie es dazu kam. Außerdem geben Sie einen Ausblick in die Zukunft.

Helena Malikiyar betont, dass sich die schlechte Lage in Afghanistan in den letzten beiden Jahren weiter verschlechterte. Das betraf die Sicherheit, politische und wirtschaftliche Situation. Ihrer Meinung nach begann die Verschlechterung 2010, als die Obama-Regierung bekannt gab, sich aus Afghanistan zurückziehen zu wollen. Auch die NATO wollte Truppen abziehen.

TALIBAN ERSTARKTEN. Das gab den Taliban und deren Unterstützern in Pakistan (insbesondere dem militärischen Geheimdienst ISI) Hoffnung. Diese dachten, dass die afghanischen Sicherheitskräfte noch nicht bereit für die Übernahme der Landesverteidigung wären. Daher wurden die Taliban aggressiver und verstärkten ihre Anschläge. Viele, die die extremistischen Truppen unterstützten, wuchsen in Flüchtlingslagern in Pakistan auf. In Religionsschulen (Madrassas) wurden sie indoktriniert.

Die USA sahen über die Einflussnahme Pakistans bis Anfang 2016 hinweg. Pakistan sollte nicht zu sehr unter Druck gesetzt werden. Man fürchtete einen Zusammenbruch der Regierung in Pakistan, sodass dann radikale Moslems an die Macht kämen und Zugriff auf Atomwaffen erhielten. Anfang 2016 änderte die USA ihre

Sichtweise, der Druck auf Pakistan wurde erhöht. Wie sich das unter der Präsidentschaft Trumps entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

KRISEN NACH DEM TRUPPENABZUG. Der Großteil der wirtschaftlichen Aktivitäten in Afghanistan fand rund um die militärischen Einrichtungen der USA und NATO statt. Nach den Truppenabzügen 2014 standen Zehntausende Afghan*innen ohne Arbeit da. Hinzu kamen chaotische Neuwahlen, die 2014 stattfanden.

Das führte 2014 zu Krisen auf drei Ebenen: Bei der Sicherheit, der politischen und der wirtschaftlichen Situation. Die Menschen verloren die Hoffnung. Auf Grund der unsicheren Zukunft verlassen auch jetzt noch viele ihr Land. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und der US-Intervention in Afghanistan geben die USA die Richtung vor, in die die Afghanistan gehen soll. Dabei ist den USA die Stabilität in Afghanistan am wichtigsten. Die Stabilität ging nach Meinung von Helena Malikiyar auf Kosten der Rechtsstaatlichkeit, was wiederum zu einer politischen Krise in Afghanistan führte. Das verärgerte viele Menschen. Es gibt für Staaten das klassische Modell der Gewaltenteilung. So werden die Funktionen im Staat und damit auch die Macht aufgeteilt zwischen Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung und Rechtsprechung. In Afghanistan war über Jahrhunderte die Rechtsprechung das wichtigste Element.

2004/2005 wurde in Afghanistan eine neue Verfassung beschlossen, die fortschrittlicher war, als in den meisten Ländern der Region. Bei deren Umsetzung gab es Probleme. In Afghanistan kamen Personen an die Macht, die außerhalb des Rechtssystems agierten. Sie wurden Verbündete der USA im Kampf gegen den Terror.

Helena Malikiyar kritisierte die Gründung von lokalen militärischen Truppen durch die USA vor den Truppenabzügen 2014. Viele der lokalen Kommandeure stammten noch aus der Zeit des Krieges zwischen Afghanistan und der Sowjet-

union. Sie erhielten Geld und es wurde ihnen erlaubt, militärische Truppen zu gründen. Helena Malikiyar weist darauf hin, dass es nicht zu spät für Afghanistan ist. Hoffnung geben ihr die vielen jungen Afghan*innen. Fast 70 Prozent der Bevölkerung sind unter 30. Viele nutzen die Möglichkeiten, die sich ihnen in den letzten 15 Jahren boten. Eine Ausbildung war möglich. Die jungen Menschen wollen ihr Leben verbessern, wollen Sicherheit und ein modernes Leben. Sie weist aber darauf hin, dass zuerst die Taliban militärisch geschwächt werden müssen, damit sie sich an einen Verhandlungstisch setzen.

Die Gewinne für Frauen in den letzten 15 Jahren sind extrem wichtig und sehr wertvoll. Die Freiheiten und Rechte, die die Afghaninnen erhielten, dürfen nicht aufgegeben werden.

SEIT JAHRZEHNEN INSTABIL. Haseeb Humayoon bedankte sich für die Unterstützung der afghanischen Flüchtlinge in Österreich. Er ging in der Zeit weiter zurück, um die jetzige Situation in Afghanistan zu erklären. Er betonte, dass das Land seit 40 Jahren um Sicherheit und Stabilität ringt. In den letzten 40 Jahren gab es massive Flüchtlingsströme, gerade auch in der Region, etwa in den Nachbarstaaten Iran und Pakistan. 2014 gab es Optimismus, als ein bilaterales Abkommen mit den USA unterzeichnet wurde. Im selben Jahr fanden Wahlen statt. Es war ein fürchterliches Wahljahr, in dem sich die politischen Konflikte verschlimmerten. Das endete in einer Regierung, die außerhalb der Verfassung stand.

Ein weiterer Grund für die Situation im Land sind Terrorismus und Extremismus. Wie bereits angesprochen, kam es 2014 zu massiven Truppenabzügen in Afghanistan. Gleichzeitig startete Pakistan 2014 zwei militärische Offensiven gegen militante Gruppen. Das führte dazu, dass diese nach Afghanistan auswichen.

Die Ziele der Anschläge verschoben sich in den letzten Jahren. In den ersten Jahren nach 2001 waren die Ziele von Terroranschlägen ausländ-

sche militärische Einrichtungen und Truppenfahrzeuge. Später waren das afghanische Militär, Polizei, Regierungsmitglieder und -einrichtungen betroffen. In den letzten beiden Jahren gab es Anschläge im öffentlichen Raum etwa auf Universitäten oder bei Kundgebungen von Jugendlichen.

JUNGES LAND. Die Bevölkerung in Afghanistan ist jung. Auch der Großteil der Talibankämpfer ist sehr jung. Diese rekrutieren wiederum viele junge Afghanen. Es gibt aber auch eine starke Jugendbewegung, die darüber diskutiert, wie es mit dem Land weitergehen könnte.

Die Menschen heiraten relativ früh. Wenn also Soldaten sterben, sind sie oft erst 22 oder 23 Jahre alt. Es gibt aber auch Frauen bei Militär und Polizei. 30 Soldaten pro Tag sterben in Afghanistan. Auf Grund der frühen Heirat haben die Soldaten zum Zeitpunkt ihres Todes ein bis zwei Kinder. Oft versorgen die Soldaten die ganze Familie (Eltern, Frau und Kinder). Diese bleiben dann ohne Versorgung zurück.

Seit Beginn der internationalen Unterstützung ist eine aktivere, organisiertere, lautere Jugend herangewachsen. Es gibt Frauen im Parlament, im öffentlichen Raum, in der Regierung. Die Mehrheit der Studierenden an öffentlichen Universitäten sind Frauen. Auf dem Papier wurden den Frauen schon Rechte eingeräumt. Das muss noch umgesetzt werden.

Frauen müssen frei über Arbeitsplatz, Ausbildung und ihre Rolle daheim entscheiden können. So wie die Frauenrechte bestehen auch andere Rechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Auf Grund der Unsicherheit und Instabilität gibt es aber in großen Teilen des Landes keinen Zugang zu diesen Rechten. Das muss sich ändern.



SAMIRA HADIDI ist eine Wegbereiterin für Frauen. Als Vorsitzende des Afghan Women's Network sorgt sie dafür, dass die Stimmen der Frauen von der Regierung gehört werden. Sie fordert auch die internationale Gemeinschaft laufend auf, Frauenrechte in den Verhandlungen zu berücksichtigen.

© Barry Batchelor/PA

SÜDAFRIKA

SCHWANGERE IN GEFAHR

Trotz ausreichender gesetzlicher Vorgaben bestehen für Frauen in abgelegenen Landesteilen sowie für arme Frauen und Mädchen große Hindernisse beim Zugang zu Gesundheitsdiensten. Das gefährdet ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit.

Südafrika hat seit dem „Maputo-Protokoll“ (für die Rechte der Frauen in Afrika) 2003 sehr fortschrittliche Gesetze, die Frauen und Mädchen die Wahrnehmung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte (SRR) garantieren sollen. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch



innerhalb der ersten 12 Wochen wurde schon 1996 durch das Gesetz „CTOPA“ (Choice on Termination of Pregnancy Act) eingeführt. Diese Wahlmöglichkeit hatte somit 2016 ihr 20-jähriges „Jubiläum“ – ein Anlass für Amnesty International, den Stand der Durchsetzung der sexuellen und reproduktiven Rechte vor Ort zu überprüfen, eventuelle Missstände aufzudecken und deren Beseitigung einzumachen. Amnesty führte dazu Interviews auf allen Ebenen, mit Verantwortlichen der Regierung bis hin zu betroffenen Frauen. Die Ergebnisse sind im Bericht „Barriers to legal and safe abortion in South Africa“ dokumentiert. Das Maputo-Protokoll verlangt von den afrikanischen Staaten, dafür zu sorgen, dass im Bereich der sexuellen und reproduktiven Rechte

qualitativ hochwertige Dienstleistungen, Informationen (u. a. Aufklärung) und Erziehung für jeden Menschen erschwinglich und zugänglich sind. Die Forderungen erstrecken sich auch auf den Schwangerschaftsabbruch. Amnesty bescheinigt der südafrikanischen Regierung durchaus bemerkenswerte Anstrengungen, um dem Protokoll folgend die sexuellen und reproduktiven Rechte von Mädchen und Frauen zu respektieren und zu schützen. Schwangerschaftsabbrüche, die tödlich oder mit schweren Verletzungen enden, sind seit Inkrafttreten des Gesetzes CTOPA Schätzungen zufolge um bis zu 90 Prozent zurückgegangen.

HOHE RISIKEN FÜR BENACHTEILIGTE GRUPPEN. Die sehr großen Unterschiede zwischen „Arm und Reich“ sowie ein „Stadt-Landgefälle“ beim Zugang zu Gesundheitsdiensten setzen schwangere Mädchen und Frauen aus benachteiligten Gruppen bedrohlichen, oft lebensgefährlichen Situationen aus.

Erschreckend ist die riesige Differenz zwischen der Ausstattung des privaten und des öffentlichen Sektors im Gesundheitswesen: Der private Bereich beschäftigt mehr als die Hälfte des medizinischen Personals und gibt pro Patient sechsmal mehr Geld aus als der öffentliche. Jedoch sind über 80 Prozent der Bevölkerung auf das öffentliche System angewiesen.

Das bedeutet für die ärmeren oder in abgelegenen Gebieten wohnenden Teile der Bevölkerung, dass notwendige medizinische Maßnahmen für sie unerschwinglich und wichtige Einrichtungen gar nicht oder nicht rechtzeitig erreichbar sind: Besonders für Schwangere ist dies hoch gefährlich!

Amnesty berichtet von einer 19-jährigen Studentin, die an den Folgen eines unsachgemäß durchgeführten Schwangerschaftsabbruchs starb. Sie war arm, konnte sich die privaten Gesundheitsdienste nicht leisten.

*Den Amnesty Bericht „Barriers to legal and safe abortion in South Africa“ finden Sie auf amnesty.org
Aufbereitung: Themen-Koordinationsgruppe
„Menschenrechtsverletzungen an Frauen“ der Deutschen Sektion von Amnesty International, amnesty-frauen.de*

UNGLÜCKLICHE VERKETTUNG. Sexuelle Gewalt erzeugt oft die Notwendigkeit zum Schwangerschaftsabbruch – aber allen am Abbruch Beteiligten droht Stigmatisierung. Die in Südafrika weit verbreitete sexuelle Gewalt und unvorhersehbare Risiken während einer Schwangerschaft machen es immer wieder notwendig, die Möglichkeit des rechtlich erlaubten Schwangerschaftsabbruchs (innerhalb der ersten 12 Wochen) zu nutzen. Jedoch sind Betroffene wie auch helfendes medizinisches Personal oft von Isolierung und Stigmatisierung bedroht.

Amnesty beobachtet eine zusätzliche Gefahr: unregulierte „Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen aus Gewissensgründen“. Südafrikas Verfassung stellt es medizinischem Personal frei, die Mitwirkung an Schwangerschaftsabbrüchen aus Gewissensgründen abzulehnen. Gleichzeitig macht sich nach dem Gesetz CTOPA jede Person strafbar, die den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen (auch zum Schwangerschaftsabbruch) aus Gewissensgründen verweigert. Die meisten medizinischen Dienstleister*innen sind sich dieser Tatsache jedoch nicht bewusst.

Das Fehlen klarer politischer Richtlinien in dieser Streitfrage erzeugt ein Vakuum, das Frauen und Mädchen den Zugang zu legal möglichen Eingriffen oftmals versagt. So erhalten rund 45 Prozent der Frauen in der gewünschten Klinik keinen Schwangerschaftsabbruch - trotz rechtlichen Anspruchs.

RECHT AUF LEBEN UND GESUNDHEIT. Die Regierung Südafrikas muss gewährleisten, dass die „Ablehnung aus Gewissensgründen“ nicht dazu ausgenutzt wird, Patientinnen die ihnen zustehenden Informationen und Dienstleistungen zum Schwangerschaftsabbruch vorzuenthalten. Das Recht einer Frau auf Leben, Gesundheit und Würde hat stets Vorrang! Staatliche Regularien und deutliche politische Richtlinien müssen unbedingt dafür sorgen, dass medizi-

nisches Personal sich seiner Verantwortung stellt und die Betroffenen nicht unnötigen Risiken aussetzt.

AMNESTY FORDERT DIE REGIERUNG SÜDAFRIKAS AUF:

1. Räumen Sie der Prävention zur Verhütung ungewollter Schwangerschaften oberste Priorität ein, indem Sie dafür sorgen, dass Frauen und Mädchen – auch in abgelegenen Regionen und unabhängig vom Einkommen Zugang haben zu Aufklärung und Verhütungsmitteln – einschließlich der „Pille danach“ in Notfällen, z. B. nach einer Vergewaltigung.
2. Stellen Sie sicher, dass alle Frauen bei Bedarf Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen haben und leicht feststellen können, bei welchen Ärzt*innen und Kliniken sie die benötigte Behandlung erhalten können.
3. Stellen Sie sicher, dass das medizinische Personal genaue und vollständige Informationen und Überweisungen zur Verfügung stellt – auch für Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen müssen oder wollen, unabhängig von der persönlichen Einstellung des Personals.
4. Stellen Sie sicher, dass Frauen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen lassen müssen oder wollen und in abgelegenen Gegenden wohnen, auf geeignete Transportmöglichkeiten zurückgreifen können, damit sie fristgerecht in ärztliche Obhut gelangen.
5. Entwickeln Sie wirksame Strategien, die Stigmatisierungen abbauen, sowohl für Frauen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen lassen als auch für Gesundheitsdienstleister*innen, die solche anbieten, sodass eine Versorgung frei von Diskriminierung, Zwang und Gewalt gewährleistet ist – unter Wahrung von Vertraulichkeit und der Privatsphäre.



Die Ärztin DR TLALENG MOFOKENG setzt sich für lautstark für sexuelle und reproduktive Rechte ein. Zudem prangert sie die vielen Vergewaltigungen an und fordert von medizinischem Personal, Patientinnen mit Respekt zu behandeln.

KOLUMBIEN

VON PARAMILITÄRS BEDROHT

Die Bewohner*innen der Friedensgemeinde San José de Apartadó beharren auf ihrem Recht, nicht in den bewaffneten Konflikt Kolumbiens hineingezogen zu werden, geraten aber immer wieder ins Visier der Paramilitärs.

Die Bewohner*innen mehrerer Dörfer in oder in der Nähe der Friedensgemeinde San José de Apartadó im Nordwesten Kolumbiens berichten weiterhin über die Gegenwart von Paramilitärs. Bewohner*innen der Gemeinde sowie andere Zivilpersonen in der Gegend befinden sich in großer Gefahr.

Die Friedensgemeinde San José de Apartadó setzt sich aus Bewohner*innen mehrerer Ort-

Paramilitärs eine Familie in ihrem Haus in La Esperanza über mehrere Stunden gefangen und zeigten ihnen eine Todesliste, auf der auch Mitglieder der Friedensgemeinde San José de Apartadó standen.

14-JÄHRIGE VERGEWALTIGT. Zeug*innen zufolge vergewaltigte ein Paramilitär in Begleitung von zwei weiteren am 23. Januar ein 14-jähriges Mädchen in ihrem Haus der Ortschaft La Hoz und drohte, sie zu töten, wenn sie über die Vergewaltigung sprechen sollte. Am 27. Januar bedrohten Paramilitärs Diana Guisao, die Verwandte hat, die Mitglieder der Friedensgemeinde sind, bei ihr zuhause in Mulato Medio. Sie zeigten ihr eine Todesliste, auf der auch Mitglieder der Friedensgemeinde standen. Am selben Tag drangen Paramilitärs in das „Friedensdorf“ der Friedensgemeinde im Halet Mulatos ein, das an das Massaker an acht Mitgliedern der Friedensgemeinde 2005 erinnert. Sie fotografierten Anwohner*innen und kündigten an, alle Informant*innen zu töten.

Am 1. Februar drangen wieder Paramilitärs in das „Friedensdorf“ ein und drohten, Mitglieder der Friedensgemeinde zu töten, ebenso am 2. Februar. An diesem Tag hielten sie zwei Familien mehrere Minuten gefangen und drohten, ihnen das Leben zu nehmen. Am 28. Januar betraten fünf Paramilitärs einen Besitz der Friedensgemeinde La Esperanza und hielten zwei Mitglieder der Friedensgemeinde mehrere Minuten gefangen. Am 31. Januar drangen Paramilitärs, die öfter in den Dörfern Mulatos und Resbalosa auftauchen, in die Häuser von mehreren Kleinbauernfamilien ein und stahlen Kleidung, Hühner und andere Nahrungsmittel. Zurzeit befinden sich internationale Beobachter*innen in der Gegend und auch sie haben die Paramilitärs in und nahe der Friedensgemeinde gesehen. Die Paramilitärs tragen zum Teil Kampfanzüge, sind maskiert und tragen Armbinden der paramilitärischen Gruppe Auto-defensas Gaitanistas de Colombia.



Kinder der Friedensgemeinde San José de Apartadó © Privat

schaften zusammen. Die Bewohner*innen der Region verteidigen sowohl gegenüber den Sicherheitskräften als auch den Guerillaeinheiten ihr Recht, nicht in den bewaffneten Konflikt Kolumbiens hineingezogen zu werden und wehren sich dagegen, für eine Seite Partei zu ergreifen.

Am 22. Januar suchten Paramilitärs Reinaldo Areiza in La Esperanza auf, doch er war zu diesem Zeitpunkt nicht zuhause. Die Paramilitärs sagten gegenüber Bewohner*innen von La Esperanza, dass sie Informant*innen (sapos) den Zugang zu diesem Gebiet nicht gestatten würden, dass diejenigen, die nicht mit ihnen kollaborieren entweder gehen oder sterben müssen. Und dass sie, autorisiert durch die kolumbianischen Sicherheitskräfte, die Kontrolle über die Region innehaben. Laut Zeug*innen hielten die

WERDEN SIE SCHNELL AKTIV!

Senden Sie bitte den Appellbrief bis 20. März ab und verlangen Sie Schutz für die Friedensgemeinde.

VIETNAM

GEFANGENE IN LEBENSGEFAHR

Die politische Gefangene Trần Thị Thúy ist seit 2010 in Haft, leidet an einem Tumor und befürchtet, aufgrund der schlechten Haftbedingungen im Gefängnis sterben zu müssen.

Bei der gewaltlosen politischen Gefangenen Trần Thị Thúy wurde im April 2015 ein Gebärmuttertumor diagnostiziert. Sie erhält im Gefängnis jedoch keine angemessene medizinische Versorgung und kann sich nicht mehr alleine auf den Beinen halten. Sie befindet sich seit 2010 in Haft und befürchtet, aufgrund der schlechten Haftbedingungen im Gefängnis sterben zu müssen.

Trần Thị Thúy ist Angehörige der buddhistischen Hoa Hao und setzt sich für Landrechte ein. Sie verbüßt eine achtjährige Haftstrafe, zu der sie gemäß Paragraf 79 des Strafgesetzbuchs wegen "Aktivitäten, die den Sturz der Regierung zum Ziel haben" verurteilt wurde. Sie war im August 2010 festgenommen worden und befindet sich derzeit in der Haftanstalt An Phước in der Provinz Bình Dương.

FAMILIE WÜRDE FÜR BEHANDLUNG ZAHLEN. Nach einem Besuch bei Trần Thị Thúy hat ihre Familie kürzlich mitgeteilt, dass der Gebärmuttertumor größer geworden sei und sie aufgrund der starken Schmerzen nicht mehr alleine gehen könne. Trần Thị Thúy hat zudem ständig schmerzhaftes Geschwür am ganzen Körper, die auf die Größe einer kleinen Reisschale anwachsen und dann aufplatzen, bluten und eitern. Trần Thị Thúy schläft auf dem bloßen Zellenboden, weshalb sie Gefahr läuft, dass sich ihre Wunden infizieren. Dennoch weigern sich die Gefängnisbehörden, ihr die medizinischen Pflaster auszuhandigen, die ihre Familie bereitgestellt hat. Die Familie von Trần Thị Thúy hat zudem wiederholt betont, dass sie bereit ist, privat für die nötige Behandlung aufzukommen, doch auch dies wurde verweigert. Die Ursache für die Geschwür ist nach wie vor unbekannt. Sie werden ebenso wie der Gebärmuttertumor nicht angemessen medizinisch behandelt. Die psychische Verfassung von Trần Thị Thúy hat sich verbessert, seit sie nicht mehr die unbekanntes Medikamente einnimmt, die von

den Gefängnisbehörden bereitgestellt worden waren. Wohingegen sie zuvor bei Familienbesuchen verwirrt und paranoid erschienen war, hat sie nun laut ihren Angehörigen wieder einen klaren Kopf und kann vernünftige Gespräche führen. Trần Thị Thúy befürchtet, ohne medizinische Behandlung und aufgrund



Trần Thị Thúy 2010

© privat

der schlechten Haftbedingungen nicht mehr lange zu leben zu haben.

Die Gefängnisstrafe von Trần Thị Thúy endet erst im August 2018. Sie und sechs weitere mit ihr angeklagte Aktivist*innen werden beschuldigt, der Gruppe Viet Tan nahestehen bzw. beigetreten zu sein. Dabei handelt es sich um eine im Ausland ansässige Bewegung, die sich friedlich für Demokratie in Vietnam einsetzt. Trần Thị Thúy weigert sich trotz der schlimmen Haftbedingungen, die Straftaten zu "gestehen", wegen derer sie verurteilt wurde.

WERDEN SIE AKTIV!
Senden Sie bitte den Appell-
brief an den Minister für
öffentliche Sicherheit bis 31.
März ab.

IRAN SCHRIFTSTELLERIN WIEDER IN HAFT

Die Menschenrechtlerin und Schriftstellerin Golrokh Ebrahimi Iraee wurde wegen eines Artikels über die grausame Praxis der Steinigung zu sechs Jahren Haft verurteilt.

Golrokh Ebrahimi Iraee wurde Mitte Jänner wieder inhaftiert. Die Überprüfung ihres Urteils wurde gesetzwidrig verhindert, sagte Amnesty International.

Sie wurde von Angehörigen der Revolutionsgarden ins Gefängnis zurückgebracht. Golrokh Ebrahimi Iraee war gerade auf dem Weg zu ihrem schwerkranken Mann im Krankenhaus. Sie ist mit dem Menschenrechtler Sarash Sadeghi verheiratet. Seit 3. Jänner war sie im Hafturlaub. Sie erwartete die Überprüfung ihres Urteils durch das Höchste Gericht. Der fragliche Artikel war unveröffentlicht und beruhte auf einer erfundenen Geschichte. Die Überprüfung ihres Urteils wurde vorsätzlich von den Revolutionsgarden verhindert. „Die erneute Inhaftierung

von Golrokh Ebrahimi Iraee und der Eingriff in einen Justizprozess durch die Revolutionsgarden ist wieder eine alarmierende Entwicklung der behördlichen Willkür bei der Behandlung dieses Paares,“ sagte Philip Luther, der Leiter der Abteilung Naher Osten und Nordafrika von Amnesty International. „Die iranischen Behörden müssen aufhören, das friedliche Engage-

ment des Ehepaares zur Verteidigung der Menschenrechte zu kriminalisieren, sie sofort und bedingungslos freilassen und die ungerechten Urteile ohne Verzögerung aufheben.“

Noch vor ihrer Inhaftierung hatte Golrokh Ebrahimi Iraee Amnesty gegenüber geäußert, dass ihr Urteil und die 15-jährige Haftstrafe ihres Mannes an die Abteilung 33 des Höchsten Gerichtes gehen sollte, was die Revolutionsgarden mit aller Macht verhindert hätten. Sie teilte auch mit, dass der zuständige Staatsanwalt des Evin-Gefängnisses Unregelmäßigkeiten bei ihrem Prozess zugegeben habe. Dem wolle er nachgehen.

Amnesty kritisiert, dass neben der Behinderung

der Justiz die Revolutionsgarden Arash Sadeghi gezielt Schmerz und Leid zufügen, indem sie ihm die medizinische Behandlung verweigern. Arash Sadeghi führte einen 72-tägigen Hungerstreik durch, um so gegen die Inhaftierung seiner Frau zu protestieren. Dieser endete am 3. Jänner. Sadeghi bekam weltweite Unterstützung, und seine Frau wurde auf Zeit aus dem Gefängnis entlassen. Die Behörden versprachen, den Hafturlaub bis nach der Überprüfung des Urteils auszudehnen. Dieses Versprechen haben sie jetzt gebrochen.

BEHANDLUNG VERWEIGERT. In den letzten Wochen war Arash Sadeghi fast täglich in der Krankenabteilung des Gefängnisses. Er litt an Darmblutungen, Kurzatmigkeit und schwerem Husten. Die Ärzte sprachen von einer ernsthaften Lungenentzündung, Darmerkrankung, Fehlfunktion der Nieren. Sie empfahlen eine fachärztliche Behandlung in einem Krankenhaus außerhalb des Gefängnisses. Doch die Behörden verweigerten ihm den Transport in ein Krankenhaus. Noch vor ihrer neuerlichen Festnahme hatte die Staatsanwaltschaft Golrokh mitgeteilt, dass die Revolutionsgarden den Transport ihres Mannes ins Krankenhaus erst nach ihrer erneuten Inhaftierung erlauben würden.

„Die Behörden benutzen die Gesundheit von Arash Sadeghi als eine Art Geisel. Die Verweigerung ärztlicher Behandlung, die er so dringend benötigt, scheint ganz offensichtlich eine harte Bestrafung für seinen Hungerstreik zu sein. Dieses Vorgehen ist Folter gleichzusetzen,“ sagte Philip Luther.

Arash Sadeghi verbüßt seit Juni 2016 eine 15-jährige Haftstrafe wegen seines friedlichen Eintretens für die Menschenrechte. Seine Ehefrau Golrokh Ebrahim Iraee wurde Sonntag inhaftiert, um eine 6-jährige Haftstrafe fortzusetzen. Sie war u.a. wegen Beleidigung islamischer Heiligtümer angeklagt. Beide Urteile liegen im Moment zur Überprüfung dem Höchsten Gericht vor. Amnesty betrachtet beide als politische Gefangene.



Golrokh Ebrahimi Iraee und ihr Ehemann Arash Sadeghi.

© Privat

IRAN

AUSPEITSCHUNGEN, AMPUTATIONEN UND ANDERE GRAUSAME STRAFEN

Abschneiden von Gliedern, Blendung, Steinigung und brutales Auspeitschen zeigen deutlich die Unmenschlichkeit eines Justizwesens, das die Grausamkeit zur offiziellen Strafform erhebt.

Irans beständige Anwendung grausamer und unmenschlicher Bestrafungsarten, wie Auspeitschungen, Amputationen und zwangsweise Blendungen, zeigt die äußerst brutale Sicht der Behörden auf die Justiz, sagt Amnesty International.

Jedes Jahr werden Hunderte im Iran ausgepeitscht – auch in der Öffentlichkeit. In einem

Auspeitschung des Journalisten zeigt deutlich, dass die Behörden diese grausamen Bestrafungen, die wir 2016 registrieren mussten, 2017 fortsetzen wollen.“

AUSPEITSCHUNG FÜR DIEBSTAHL. Nach dem iranischen Recht können mehr als 100 Straftaten durch Auspeitschung geahndet werden. Dieses



kürzlich von Amnesty dokumentierten Fall erhielt am 5. Jänner ein Journalist 40 Peitschenhiebe in Najaf Abad, Provinz Esfahan. Ein Gericht hatte ihn schuldig gesprochen, die Zahl der von der Polizei in der Stadt eingezogenen Motorräder fehlerhaft angegeben zu haben. „Die zahlreiche Anwendung von körperlichen Strafen, wie Auspeitschungen, Amputationen und Blendungen 2016 zeigt deutlich die Unmenschlichkeit eines Justizwesens, das die Grausamkeit zur offiziellen Strafform erhebt. Diese grausamen und unmenschlichen Bestrafungen sind ein scheußlicher Angriff auf die menschliche Würde. Sie verletzen das uneingeschränkte Verbot der Folter und anderer grausamer Bestrafungsarten,“ erklärt Randa Habib, Abteilungsleiterin für den Nahen Osten und Nordafrika von Amnesty International. „Die

reicht von Diebstahl bis zu Körperverletzung, mutwilligen Zerstörungen, Verleumdung, Betrügereien und Taten wie Ehebruch, intimen Beziehungen zwischen unverheirateten Männern und Frauen, „Verletzung der öffentlichen Moral“ und gleichgeschlechtlichem Sexualverkehr. Viele dieser Ausgepeitschten sind Menschen unter 35 Jahre alt. Sie wurden wegen öffentlichen Essens im Ramadan inhaftiert, wegen Beziehungen außerhalb der Ehe und wegen der Teilnahme an Partys zusammen mit Frauen. Das alles wird vom Recht auf Glaubensfreiheit, der Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit geschützt und darf nicht kriminalisiert werden. Als Unterzeichnerstaat des Internationalen Paktes für bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) ist der Iran zum Verbot der Folter und

Die Facebook-Seite „My Stealthy Freedom“ hat mehr als eine Million „Likes“. Frauen wagen es hier, sich ohne Verschleierung zu zeigen.

(Screenshot)

IRAN. AUSPEITSCHUNGEN, AMPUTATIONEN UND ANDERE GRAUSAME STRAFEN

anderer grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlungen oder Bestrafungen verpflichtet. Der Iran erlaubt jedoch international geächtete körperliche Bestrafungen, darunter Amputationen, Steinigungen und Auspeitschungen. Er rechtfertigt das als Schutz der religiösen Moral.

Im letzten April wurde ein unverheiratetes Paar wegen „einer ungesetzlichen Beziehung“ zu 100 Peitschenhieben verurteilt. Einen Monat später verurteilte ein Gericht in der Provinz Qazvin 35 junge Frauen und Männer zu je 99 Peitschenhieben wegen Tanzens und Alkoholgenuß. Im Mai 2016 wurden 17 Bergarbeiter in Westazerbeijan wegen ihres Protestes gegen die Arbeitsbedingungen und Entlassungen zu Peitschenhieben verurteilt.

Auch Journalist*innen und Blogger*innen wurden im Zusammenhang mit ihrer Arbeit zu Auspeitschungen verurteilt. Im Juli verurteilte ein Berufungsgericht Mohammad Reza Fathi zu 459 Peitschenhieben. Die Anklagen lauteten „Lügen in der Öffentlichkeit“ und „Störung der öffentlichen Ruhe“ durch den Inhalt seiner Artikel.

FRAUEN WEGEN PARTYBESUCHS AUSGEPEITSCHT. Die bekannte iranische Facebook-Seite „My Stealthy Freedom“ (Meine heimliche Freiheit) wird von dem Journalisten und Frauenrechtler Masih Alinejad betrieben. Er hatte Berichte von Frauen veröffentlicht, die wegen Alkoholgenußes und gemischtgeschlechtlicher Partys ausgepeitscht wurden. Sie waren anlässlich einer Razzia der Sittenpolizei verhaftet worden. Er hatte auch Bilder von den schweren Verletzungen auf dem Rücken der Frauen nach der Auspeitschung gepostet. In einem anderen Fall berichtet er von einer 28-jährigen, die 80 Peitschenhiebe wegen Teilnahme an einer Geburtstagsfeier erhalten hatte. Sie spricht von der Auspeitschung als „dem schlimmsten Tag in meinem Leben“. Sie beschrieb, wie sie nach Abnahme des Fingerabdrucks fotografiert wurde. Dann kam sie in einen kleinen Raum, wo sie eine Frau mittleren Alters in Abständen peitschte. Ihre Füße waren dabei angekettet und sie

musste Handschellen tragen. „Beim ersten Hieb sprang ich unwillkürlich auf. Ich war so erschüttert, dass ich nicht einmal weinen konnte. Ich wollte schreien, aber meine Stimme gehorchte mir nicht. Sie schlug fest zu und sagte bei jedem Hieb, ob ich bereute, dann könne Gott mir vergeben,“ erzählte sie.

Eine andere Frau, die auch eine gemischtgeschlechtliche Feier anlässlich eines beruflichen Erfolges besucht hatte, wurde ebenfalls ausgepeitscht. Etwa eine Stunde nach Beginn der Party stürmten Sicherheitskräfte das Haus. Sie nahmen die Flaschen mit Alkohol mit. Sie verhörten die Gäste, von denen einige auch hart geschlagen wurden. Dann wurden alle zur Polizeistation gebracht, wo sie verhört und beschimpft wurden. Nach drei Tagen im Gefängnis wurden sie zu je 74 Peitschenhieben verurteilt.

„Ich wusste nicht, wie viel Hiebe ich erhalten hatte. Dann konnte ich nur noch wimmern. Ich war vor Schmerzen wie betäubt. Als ich schließlich zuhause war, wurde ich von heftigen Körperschmerzen befallen. Ich war wegen der Erniedrigungen und der erlittenen Angst schwer gedemütigt,“ so ihre Aussage.

Außer diesen Berichten erfuhr Amnesty im November 2016 von folgendem Vorfall. Einem Mann wurden in Teheran beide Augen geblendet, als Vergeltung für die Erblindung eines vier Jahre alten Mädchens nach einer Säureattacke 2009. Weitere Gefangene sehen ihrer vorsätzlichen Blendung entgegen.

ÄRZTE HELFEN BEI BLENDUNG. Ärzte einer iranischen Medizinerorganisation versorgten das Höchste Gericht mit einem Gutachten, dass die Ausführung eines Blendungsurteils zulässig sei und wie es ausgeführt werden könne. Ein Bruch der ärztlichen Ethik! „Medizinisches Personal hat die ganz klare Pflicht, jegliche Verwicklung in Folter oder Misshandlung zu meiden. Besser als bei Folter durch Blendung medizinische Hilfe zu leisten, wäre eine Weigerung der iranischen Ärzte, an solchen Praktiken von kalkulierter Grausamkeit teilzunehmen,“ so Randa Habib.

„Abschneiden von Gliedern, Wegnahme des Augenlichtes und brutales Auspeitschen, das kann nicht ein Justizwesen ausmachen.“

**Randa Habib,
Abteilungsleiterin für den
Nahen Osten und Nordafrika
von Amnesty International**

Absender*in:

Minister of Justice
Susana Malcorra
Esmeralda 1212
Buenos Aires
ARGENTINIEN

Dear Minister,

I call on you to comply with the decision of the UN Working Group on Arbitrary Detention, and to order the immediate release of Milagro Sala, guaranteeing her physical integrity.

Furthermore, I call on you to provide the information requested by the IACHR in order to comply with the Working Group's decision to release Milagro Sala.

I urge you to end the persecution of Milagro Sala and other social organizations.

Regards,

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Kommen Sie der Entscheidung der UN-Arbeitsgruppe zu willkürlichen Inhaftierungen im Fall von Milagro Sala bitte umgehend nach und lassen Sie sie unter Gewährleistung ihrer körperlichen Unversehrtheit sofort frei.

Beenden Sie bitte die Schikanen gegen Milagro Sala und soziale Organisationen.

Hochachtungsvoll,

Absender*in:

Federal Minister of Indigenous and Northern Affairs
Honourable Carolyn Bennett
Room 173, East Block
House of Commons
Ottawa, Ontario
K1A 0A6
KANADA

Dear Minister,

I welcome Canada's acknowledgement of the high rates of violence faced by Indigenous women, but I am concerned that Canada's response to date is not adequate to address the acknowledged severity and pervasiveness of the threats to Indigenous women and girls.

I support a national public inquiry as a measure to ensure that the voices of affected families and communities are heard in the development of such a comprehensive national action plan.

I call on the federal government to also take immediate action, in collaboration with Indigenous women's organizations, to establish national missing persons protocols to ensure appropriate, effective and bias free police response.

Please ensure a lasting and long-term support for all indigenous women. This also includes the provision of adequate points of contact and shelters, according to their specific needs.

Sincerely,

Sehr geehrte Frau Ministerin,

ich bin sehr besorgt darüber, dass indigene Frauen und Mädchen (Angehörige der Métis, Inuit und First Nations) überdurchschnittlich häufig Opfer von Gewalttaten werden, darunter auch Tötungen. Weitverbreiteter Rassismus, Verarmung und Ausgrenzung sind mitverantwortlich dafür, dass indigene Frauen besonders von Gewalt bedroht sind. Zudem gewähren ihnen weder Polizei noch Regierungsbehörden einen angemessenen Schutz.

Ich begrüße es, dass die Regierung vor kurzem eine landesweite Untersuchung in Auftrag gegeben hat, die die Ursachen für das Ausmaß an Gewalt gegen indigene Frauen und Mädchen klären soll.

Ich bitte Sie dennoch, auf die bekannten Bedürfnisse indigener Frauen und Mädchen bereits jetzt einzugehen.

Stellen Sie bitte eine dauerhafte und langfristige Unterstützung für alle indigenen Frauen sicher. Dazu gehört auch, dass genügend Anlaufstellen und Schutzräume, die auf ihre speziellen Bedürfnisse ausgerichtet sind, zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Absender*in:

Señor Juan Manuel Santos
Presidente de la República
Palacio de Nariño
Carrera 8 No. 7-26
Bogotá
KOLUMBIEN

Dear President Santos,

I want to express my concern for the safety of Reinaldo Areiza, Diana Guisao, the members of the Peace Community of San José de Apartadó and other civilians living in the area.

I urge you to take immediate action to dismantle paramilitary groups and break their links with the security forces, in line with stated government commitments.

Furthermore, I want to remind you that civilians, including the San José de Apartadó Peace Community and other civilians living in the area, have the right to not be drawn into the armed conflict.

Sincerely,

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich fürchte um die Sicherheit von Reinaldo Areiza und Diana Guisao sowie um die Sicherheit der Bewohner*innen der Friedensgemeinde San José de Apartadó und anderer Zivilpersonen, die in dieser Gegend leben.

Ergreifen Sie bitte unverzüglich und im Einklang mit den Verpflichtungen der Regierung Maßnahmen zur Auflösung paramilitärischer Gruppierungen und kappen Sie deren Verbindungen zu den Sicherheitskräften.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass Zivilpersonen das Recht haben, nicht in den bewaffneten Konflikt involviert zu werden. Dies gilt auch für die Bewohner*innen der Friedensgemeinde San José de Apartadó sowie andere Zivilpersonen, die in dieser Gegend leben.

Hochachtungsvoll,

Absender*in:

To Lam
Ministry of Public Security
44 Yết Kiêu St.
Hoàn Kiếm District
Hà Nội,
VIETNAM

Dear Minister,

I urge you to immediately and unconditionally release Trần Thị Thúy as she is a prisoner of conscience, detained solely for peaceful activities in defending human rights.

Please, immediately provide Trần Thị Thúy with appropriate medical care, in accordance with her wishes, including treatment in hospital, and failing this, allow the family to arrange for her health care.

Sincerely,

Sehr geehrter Herr Minister,

bitte sorgen Sie für die unmittelbare und bedingungslose Freilassung von Trần Thị Thúy, die als gewaltlose politische Gefangene allein wegen ihres friedlichen Einsatzes für die Menschenrechte festgehalten wird.

Stellen Sie bitte sicher, dass sie unverzüglich angemessen und entsprechend ihrer Wünsche medizinisch versorgt wird, was auch einen Krankenhausaufenthalt umfassen kann. Erlauben Sie andernfalls ihrer Familie, privat für die Gesundheitsversorgung von Trần Thị Thúy aufzukommen.

Hochachtungsvoll,

TÄTIGKEITSBERICHT 2016

DANKE FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG!**Liebe Spender*innen, liebe Unterstützer*innen, liebe Leser*innen!**

Sie haben uns im vergangenen Jahr durch die Teilnahme an den Appellbriefaktionen unterstützt und/oder mit Ihrer Spende geholfen. Viele von Ihnen tun dies schon jahrelang. Erst Ihre Unterstützung macht unsere Arbeit für die Rechte und den Schutz von Frauen und Mädchen in aller Welt möglich. Dafür möchten wir Ihnen herzlich danken.

UNSERE ANLIEGEN UND INHALTE. Einen inhaltlichen Schwerpunkt bildete 2016 – wie schon in den zwei Jahren davor – der Einsatz für die sexuellen und reproduktiven Rechte. In Burkina Faso ging es darum, Kinderheiraten zu verhindern, in mehreren lateinamerikanischen Ländern um das absolute Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen, das Frauen für eine Fehlgeburt sogar wegen Mordes ins Gefängnis bringt. Für Frauenrechte im Iran setzen wir uns seit langem ein, etwa für die Freilassung inhaftierter Aktivistinnen. Naheliegend war im Vorjahr auch die Arbeit für Frauen auf der Flucht sowie zur mangelhaften Asylpolitik in Österreich.

UNSERE ARBEIT. Unsere Gruppe hat meistens um die 15 aktive Mitglieder aller Altersgruppen, zur Zeit auch zwei Männer. Wir treffen uns etwa alle drei Wochen in Wien, um unsere Aufgaben zu organisieren. Wir bereiten Material auf, das wir in englischer Sprache aus dem Internationalen Sekretariat in London erhalten, übersetzen Urgent Actions (Eilaktionen), Länder- und Themenberichte und erstellen und versenden Appellfälle. Wir besuchen Veranstaltungen, sammeln Unterschriften, betreuen Infotische und organisieren selbst Veranstaltungen und Aktionen. Wir arbeiten mit nationalen und internationalen Netz-

werken, die sich mit bestimmten Frauenrechtsthemen beschäftigen zusammen. Natürlich kooperieren wir mit anderen Amnesty-Gruppen und unterstützen Kampagnen von Amnesty Österreich.

Unsere Zeitschrift **AKTIV.IST.IN** erschien 2016 viermal. Monatlich verschickten wir aktuelle Appellfälle, Informationen und Veranstaltungshinweise als Newsletter, und wir sind auch laufend auf Facebook und Twitter präsent.

Wichtige Termine sind für uns natürlich der Internationale Frauentag am 8. März und die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen vom 25. Nov. bis 10. Dez.

Im Vorjahr feierten wir 25 Jahre Netzwerk Frauenrechte, wo wir speziell die Arbeit zur Kampagne „Mein Körper. Meine Rechte“ vor einem interessierten Publikum präsentierten.

UNSERE FINANZEN. Amnesty International ist unabhängig und nimmt keine staatlichen Subventionen oder Spenden von Parteien an. Die Finanzierung erfolgt ausschließlich über Spenden, um unsere Unabhängigkeit zu bewahren. Amnesty hat das Spendengütesiegel, Spenden sind steuerlich absetzbar. Mit Ihren Spenden decken wir unseren Verwaltungsaufwand ab. Dazu gehören Kosten, die im Zusammenhang mit Veranstaltungen entstehen sowie Versandkosten, die beim Verschicken von Appellbriefen und der **AKTIV.IST.IN** anfallen.

Dank Ihrer Spenden konnten wir auch heuer wieder Hilfsprojekte unterstützen: die Aktion Regen, die wirksame Projekte für Empfängnisverhütung in afrikanischen Ländern durchführt und wie seit Jahren das Frauenhaus Panah in Karachi/Pakistan.

Bitte unterstützen Sie uns weiter!



Protest vor der iranischen Botschaft, 18. Feb.



Lesung: Woza Sisi – Komm Schwester von ORF-Redakteurin Margit Maximilian, 19. April



Solidarisch beim Hurentag, 2. Juni (oben)
My Body My Rights-Award: Erfolge der Kampagne gefeiert, 25. Juni





© Susan Gluth

Urmila schreit ihre Wut in einem Protestzug auf den Straßen von Kathmandu hinaus. Voller Zuvorsicht kämpft sie für die Organisation „Freed Kamalari Development Forum“ (FKDF) gegen das offiziell abgeschaffte System der Leibeigenschaft und somit gegen jahrhundertealte Gesellschaftsstrukturen in ihrer Heimat.

URMILA - FÜR DIE FREIHEIT

Regie: Susan Gluth
Nepal, Deutschland 2016
Dokumentarfilm 87', OmdU

Mittwoch 8. März 21.30
METRO Kinokulturhaus
1010 Wien, Johannesgasse 4

Das gesamte Programm und weitere Informationen:
frauenfilmtage.at

Seit 2004 gibt es die FrauenFilmTage Wien. Sie zeigen spannende Filmarbeiten von Frauen und engagieren sich dafür, dass ihre Filme in der Öffentlichkeit die Beachtung bekommen, die ihnen gebührt. Die FrauenFilmTage Wien finden traditionell im März rund um den Internationalen Frauentag statt.

Unterm Jahr machen sie auf relevante Programmschwerpunkte anderer Filmfestivals und auf Filme im laufenden Kino- oder Fernsehprogramm aufmerksam und sorgen so für eine breitere Diskussion der gesellschaftspolitischen Zusammenhänge.

Seit Jahren ist das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte Kooperationspartnerin der FrauenFilmTage. Heuer mit dem Film

URMILA - FÜR DIE FREIHEIT

Urmila Chaudhary lebt im Süden Nepals und ist sechs Jahre alt, als sie von ihren Eltern als Kamalari, eine Haushaltssklavin, in die Hauptstadt verkauft wird. Erst 12 Jahre später gelingt ihre Befreiung. Mit der eigenen Freiheit gibt sich Urmila nicht zufrieden, aus dem Erlebten zieht sie die Kraft, die sie für andere Mädchen in ihrem Land nutzen will: „Kinder gehen zur Schule! Erwachsene gehen arbeiten!“

8. MÄRZ. AKTIONSTAG GEGEN DISKRIMINIERUNG

Der Internationale Frauentag richtet sich gegen die mehrfache Diskriminierung und Ausbeutung von Frauen und Mädchen in aller Welt. Bereits 1910 forderte die deutsche Sozialistin Klara Zetkin die Einführung eines Frauentages. Am 19. März 1911 wurde der erste Frauentag in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz gefeiert. In Wien demonstrierten 20.000 Menschen für die Frauenrechte am Ring. Das bestimmende Thema war - auch in den Folgejahren - die Forderung nach dem freien, geheimen und gleichen Wahlrecht für Frauen. Sie wurde in Österreich am 12. November 1918 erfüllt. Am 8. März 1917 demonstrierten anlässlich des internationalen Frauentages in St. Petersburg die Arbeiter- und Soldatenfrauen und lösten damit die Februarrevolution aus. Um an die Rolle der Frau



in der Revolution zu erinnern, wurde 1921 in Moskau der 8. März als internationaler Gedenktag vorgeschlagen.

Während der NS-Zeit war der Feiertag offiziell verboten. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges griff ihn die Frauenbewegung wieder auf, allerdings schwand seine Bedeutung zunehmend. Das änderte sich mit der Frauenbewegung in den 1960er- und 1970er-Jahren. In dieser Zeit wurde vor allem die Aufhebung des Verbots zum Schwangerschaftsabbruch gefordert. Der Internationale Frauentag

wird seit einem entsprechenden Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1977 weltweit am 8. März begangen.

Die Frauenabteilung der Stadt Wien lädt auch heuer zur Infoveranstaltung „Wien für Frauen“ anlässlich des Internationalen Frauentages ein: am 8. März 2017 von 15 bis 19 Uhr im Festsaal des Wiener Rathauses. Besuchen Sie das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte am Infostand.

Offenlegung: Medieninhaberin (Verlegerin): Amnesty International Österreich, eingetragener Verein, 1150 Wien, Moeringg. 10/1, Tel: 01-78008-0, Fax: 01-78008-44, Präsidium: Eva-Maria Burger (Präsidentin), Michelle Proyer, Anita Roitner, Alfred Zauner

Erklärung über die grundlegende Richtung: Die grundlegende Richtung der AKTIVISTIN ergibt sich aus der Satzung des Vereins, den Beschlüssen der Internationalen Ratstagung und des Internationalen Vorstands sowie aus den Beschlüssen der Mitgliederversammlung und des Präsidiums von Amnesty International Österreich

Impressum und Verlegerin: Eigenverlag: Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1150 Wien, Moeringgasse 10. Redaktion: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte, für den Inhalt verantwortlich: Theresia Kandler.

Gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung von Amnesty International wiedergeben. Fotos, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International

Amnesty Info - Netzwerk Frauenrechte, Nr. 1, März 2017

Österreichische Post AG
MZ 02Z 031 256M
Amnesty International Österreich
Moeringgasse 10
1150 Wien
VORTEILSTARIF